

Nulsch, Nicole

Article

Aktuelle Trends: Staatliche Beihilfen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern fließen zunehmend in Forschung und Entwicklung

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Nulsch, Nicole (2011) : Aktuelle Trends: Staatliche Beihilfen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern fließen zunehmend in Forschung und Entwicklung, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 17, Iss. 4, pp. 147-147

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143898>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

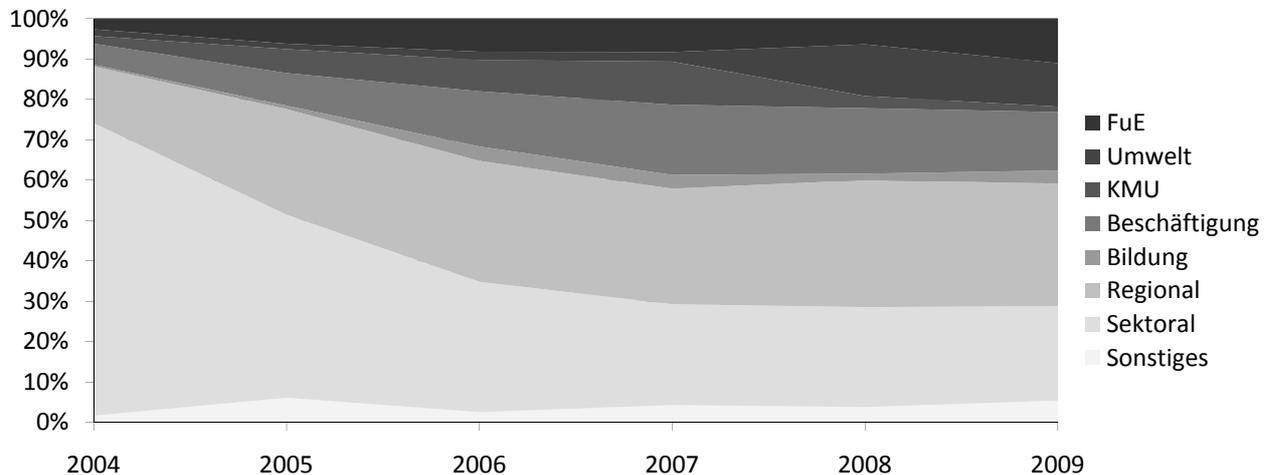
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Staatliche Beihilfen in den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern* fließen zunehmend in Forschung und Entwicklung

Entwicklung der staatlichen Beihilfen, nach Verwendungszweck

- Anteile in % der gesamten staatlichen Beihilfen (ohne Landwirtschaft, Fischerei, Transport) -



Quelle: Europäische Kommission; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Jede Form finanzieller Unterstützung (Zuschuss, Darlehen, Garantie usw.), die aus staatlichen Budgets stammt, bezeichnet man als staatliche Beihilfe. In den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) waren Beihilfen ein wesentliches Instrument der Restrukturierung des Unternehmenssektors während der Transformation. Mit dem Beitritt der MOEL zur Europäischen Union (EU) am 01.05.2004 (Bulgarien und Rumänien am 01.01.2007) gerieten diese staatlichen Unterstützungen jedoch unter die kritische Beobachtung der Europäischen Kommission. Kurz vor dem EU-Beitritt waren sie auf ein Rekordniveau von 13,2 Mrd. Euro angestiegen – dies entspricht 2,0% der Wirtschaftsleistung (BIP). Nach dem EU-Beitritt der MOEL war eine rasche Annäherung der relativen Größen an den Durchschnitt der westlichen EU-Länder zu beobachten (2009: MOEL 0,9% des BIP, EU-15 0,6% des BIP). In absoluten Zahlen sank die Höhe der staatlichen Beihilfen in den MOEL ebenfalls – im Jahr 2009 flossen noch 4,7 Mrd. Euro.

Auch im Hinblick auf die Art der Verwendung der staatlichen Mittel zeichnet sich zumindest auf den ersten Blick eine Annäherung an die westeuropäische Praxis ab (vgl. Abbildung): So sank der Anteil der Beihilfen für einzelne Industriezweige (bspw. Kohle, Stahl, Schiffbau) von 87% im Jahr 2003 auf 24% im Jahr 2009 (EU-15: 15% im Jahr 2009). Diese sektorale Art der Unterstützung wird als besonders wettbewerbsverzerrend betrachtet. Kommen Beihilfen Unternehmen über alle Branchen hinweg zugute, spricht man von horizontalen Beihilfen. Diese sollen Nachteile von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ausgleichen oder Forschung und Entwicklung (FuE) vorantreiben. Im Hinblick auf die Entwicklung der staatlichen Unterstützungen für FuE (wie auch für Umweltmaßnahmen) zeigt sich seit 2005 in den MOEL ein Anstieg des Anteils von 2% auf 11%. Insbesondere Estland und Tschechien (FuE) sowie Lettland und Slowenien (Umwelt) investieren überdurchschnittlich in diese Ziele. Allerdings lenken die EU-15 im Durchschnitt bereits 18% aller Beihilfen in FuE und 24% in Umweltprojekte. Ein Grund für diese Unterschiede ist der in den MOEL transformationsbedingt noch überdurchschnittlich hohe Anteil an regionalen Beihilfen und Beschäftigungsprogrammen. Während deren Anteil in den MOEL zusammen 44% ausmacht, liegt er in der EU-15 bei nur 23%.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Beihilfeniveau der MOEL auf den EU-Durchschnitt gesunken ist und die gewährten staatlichen Beihilfen zunehmend in FuE- sowie Umweltprogramme fließen.

Nicole Nulsch (Nicole.Nulsch@iwh-halle.de)

* Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien.